

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Zukunftsprogramm für ein leistungsfähiges Land Bremen

Am 18. März 2025 hat der Deutsche Bundestag mit einer Grundgesetzänderung den Weg für die Errichtung eines „Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität“ freigemacht. Demnach können auch die Bundesländer laut dem neuen Art. 143h Abs. 2 GG mit zusätzlichen Mitteln in Höhe von 100 Mrd. Euro über zwölf Jahre rechnen. Laut dem am 2. Juli 2025 beschlossenen Regierungsentwurf für das Ausführungsgesetz erhält das Land Bremen davon insgesamt 940,85 Mio. Euro. Die Mittelbewirtschaftung soll unmittelbar durch die Bundesländer erfolgen, sodass kein Antragsverfahren vorgeschaltet wird. Förderfähig sind Projekte, die ab dem 1. Januar 2025 begonnen wurden bzw. werden.

Umso dringender steht die Frage an, wie das Land Bremen den ihm zustehenden Anteil verwenden soll. Sowohl in der Bevölkerung als auch in den Medien besteht vielfach die Sorge, dass die Gelder als „Verschiebebahnhof“ genutzt werden. Demnach würden ohnehin geplant Investitionsausgaben in einen Sondertopf umgebucht, um im regulären Haushalt Platz für konsumtive Ausgaben zu schaffen. Der beabsichtigte wirtschaftskraftstärkende Effekt der kreditfinanzierten Mittel würde nicht erreicht. Außer einem Strohfeuer bliebe bloß ein höherer Schuldenstand.

Gerade im Bundesland Bremen zeigen sich die katastrophalen Folgen einer solchen falschen Schwerpunktsetzung, die an den Investitionen spart und alle zusätzlichen Mittel für kurzfristigen Konsum ausgibt. Ein Verhalten, das sonst bei Hedge-Fonds stark kritisiert wird, nämlich Kernaufgaben auszutrocknen und Investitionen zu vernachlässigen zugunsten von Ausschüttungen an kleine Interessengruppen, ist seit Jahren Regierungspolitik rot-grüner und jüngst rot-rot-grüner Senate.

Seit dem Ende der großen Investitionsprogramme der Großen Koalition bis 2007 sind die Investitionsquoten der bremischen Haushalte implodiert, während ein deutlicher Personalaufwuchs und immer neue Ausgabenprogramme ohne nachweisbaren Effekt die öffentlichen Haushalte zerrüttet haben. Seit fast zwei Jahrzehnten zehrt der Senat von der Substanz vergangener erfolgreicher Zeiten. Die Konsequenzen werden immer mehr Bürgern deutlich, wenn Schulen gesperrt werden müssen, Schwimmbäder verfallen, Kafen gesperrt werden, sich auf den Straßen immer mehr Schlaglöcher ansammeln und Brücken für den ÖPNV geschlossen werden müssen.

Vollkommen falsch wäre es daher, die komplett fehlgeleitete Struktur des Haushalts beizubehalten, ohnehin dringend notwendige Investitionen in einen neuen Topf umzubuchen und dadurch Löcher im regulären Haushalt zuzuschütten. Stattdessen bedarf es einer grundsätzlichen Konsolidierung der bremischen Haushalte, die sich in einer klaren Prioritätensetzung zugunsten von Investitionen zeigt, die imstande sind, das Potenzialwachstum nachhaltig zu erhöhen.

Erhaltungsmaßnahmen sichern den Status quo – aber sie schaffen keine Zukunft. Erhaltungs-, Sanierungs- und Ersatzinvestitionen dürfen daher nicht aus den zusätzlichen Bundesgeldern finanziert werden. Sie sind eine normale Staatsaufgabe und als solche aus dem laufenden Staatshaushalt zu tragen. Selbst nach der sogenannten „goldenen Regel“ wären nur Nettoinvestitionen vom Verschuldungsverbot ausgenommen, also der Aufbau zusätzlicher Werte. Zukunftsinvestitionen müssen echten Mehrwert schaffen: neue Arbeitsplätze, neue Technologien, neue Perspektiven. Das ist bei Erhaltungs-, Sanierungs- und Ersatzinvestitionen nicht der Fall. Sie kompensieren lediglich einen laufenden Wertverfall und schaffen unter dem Strich keine neuen Werte.

Vielmehr sollte der Senat das Sondervermögen des Bundes als Chance begreifen, ein zusätzliches Investitionsprogramm aufzulegen, um dem Standort einen neuen Impuls zu geben. Nicht erst die Absage von ArcelorMittal an den klimaneutralen Umbau der Produktion des Bremer Stahlwerks hat gezeigt, unter welchem immensen Druck die industriellen Kerne unseres Landes – allen voran die energieintensive Grundstoffindustrie – stehen. Zugleich bilden sie die Grundlage für mannigfaltige Wertschöpfungsketten.

Durch eine klare Schwerpunktsetzung sollen die Standorte Bremen und Bremerhaven einen neuen Investitions- und Innovationsschub erhalten. Die drohende Deindustrialisierung soll durch ein Programm kontrastiert werden, das Zukunftstechnologien für das Bundesland sichert und sie als Basis für eine industrielle Erneuerung nutzt. Dabei sollte auch die neue Hightech-Agenda der Bundesregierung berücksichtigt werden, die mit 5,5 Mrd. Euro an Fördergeldern unterlegt ist. Von diesen Mitteln sollte ein möglichst hoher Anteil nach Bremen und Bremerhaven fließen. Dafür müssen jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden.

Dabei muss das Land Bremen seine Stärken ausspielen und weiter ausbauen. Ein Fokus der kommenden Jahre wird der Ausbau der Kapazitäten der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie sein. Bundesweit und auch international führende Unternehmen aus Bereichen wie Luft- und Raumfahrt und Marine bilden schon jetzt ein wirtschaftliches Rückgrat des Standorts. Zusätzlich besitzen auch weitere Unternehmen aus Bereichen wie Automotive, Robotik, autonome Systeme und IT mögliche Anknüpfungspunkte. Chancen zum weiteren Ausbau etwa von Forschungsvorhaben der Industrie im Bereich autonomes Fahren liegen auf der Hand. Die derzeit in Bremen geltende ideologische Zivilklausel stellt ein Hindernis für notwendige Kooperationen zwischen Wissenschaft und sicherheitsrelevanter Industrie dar. Die bremische Forschungslandschaft – nicht zuletzt das neue Exzellenzcluster im Bereich Materialwissenschaften – wären hervorragend geeignet, um ein fruchtbares Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft zu schaffen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Forschung im Dienste unserer gesellschaftlichen Sicherheit und Freiheit erfordert daher eine Abschaffung der Zivilklausel mit dem Ziel, die Hochschulen stärker in nationale Innovations- und Verteidigungsstrategien einzubinden. Hier braucht es einen grundlegenden Politikwechsel. Erst dann kann das Land Bremen auch von den zusätzlichen Investitionen des Bundes in die militärische Produktion profitieren. Umfassende Kooperationen der Hochschulen mit den Rüstungsunternehmen im Land Bremen, eine Abstimmung von Studiengängen auf die Bedürfnisse der Industrie, z.B. im Bereiche KI für Sicherheits- und Verteidigungsanwendungen, und eine Öffnung sämtlicher Wirtschaftsförderungsprogramme insbesondere für KMU und Start-Ups im Bereich militärisch nutzbarer Technologien schaffen einen Nährboden für neues wirtschaftliches Wachstum.

Ebenso ist es notwendig die Möglichkeiten des Umbaus der Stromversorgung auf erneuerbare Energie endlich konsequent zu nutzen. Das bestehende Cluster „Regenerative Energiewirtschaft/Windenergie“ stellt eine starke Grundlage für eine weitere Nutzung der Potenziale dar. Doch sie ist abhängig von der Schaffung neuer Infrastrukturen. Ein langsames Verfahren schürt Zweifel an der Umsetzung des Energy Ports. Gerade Bremerhaven braucht neue gut bezahlte Arbeitsplätze in der Industrie. Daher sollte der Energy Port entschieden vorangetrieben werden und um einen Hub ergänzt werden, das zum Zentrum einer Ansiedlung

von Produktionsunternehmen insbesondere im Bereich erneuerbare Energien und Speichertechnologien unter besonderer Berücksichtigung des schweren Maschinen- und Anlagenbaus wird.

Life Sciences sind eine Zukunftsbranche. Die in diesem Zusammenhang zu nennenden Felder Biotechnologie, Medizin, Ernährungswissenschaften und weitere angrenzende Forschungsbereiche werden immer mehr zu Wachstumsmotoren. Auch hier bestehen im Land Bremen beste Voraussetzungen zur Nutzung der sich bietenden Chancen. Eine leistungsfähige Unternehmenslandschaft und renommierte Forschung, insbesondere an der Hochschule Bremerhaven und im Exzellenzcluster Meereswissenschaften, bedürfen weiterer Stärkung durch politische Weichenstellungen. Ohne eine Universitätsmedizin fehlt jedoch ein wesentlicher Faktor zur Abrundung eines Standorts für Life Science, in dem das Cluster „Gesundheitswirtschaft“ und der Innovationstreiber „Biotechnologie“ zusammengeführt werden. Um auch als Haushaltsnotlageland langfristig die hohen laufenden Kosten tragen zu können, ist eine Verteilung der Lasten auf mehrere Schultern notwendig. Durch eine Kooperationslösung soll der Startschuss endlich zeitnah gelingen. Sie spart auch wertvolle Zeit, indem sie auf bestehende Strukturen zurückgreift. Anschubinvestitionen sollen aus dem Sondervermögen gestemmt werden.

Auch im Bereich Digitalisierung kann das Land Bremen Maßstäbe setzen. Eine vielfältige Unternehmenslandschaft mit innovativen Start-Ups wartet auf neue Anstöße. Im Forschungsbereich sind unter anderem das Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz und das Technologie-Zentrum Informatik und Informationstechnik der Universität Bremen starke Akteure. Das Land Bremen hat beste Voraussetzungen zum Standort für Entwicklung und Bau der von der Bundesregierung geplanten Quantencomputer und damit zusammenhängender Anwendungen zu werden. Auch für Quantenkommunikation über Forschungssatelliten und Quantensensorik wäre das Land Bremen ein geeigneter Akteur. Schließlich sollten Bremen und Bremerhaven vorangehen in der Nutzung von KI-Anwendungen und digitalen Innovationen in der öffentlichen Verwaltung. In Zeiten des demografischen Wandels sollte diese Chance, das Personal zu entlasten und staatliche Dienstleistungen zu verbessern, konsequent genutzt werden. Eine Cyberpolizeistaffel, KI-gestützte Fallbearbeitung und ein digitaler Behördenpass sollten nicht länger Zukunftsmusik bleiben.

Neben konkreten Projekten, die zum Ausgangspunkt für eine Ansiedlung von Unternehmen werden, braucht eine zukunftsfähige Industrie eine funktionierende Hafen- und Verkehrsinfrastruktur. Der Bau der Küstenautobahn A20, der Ringschluss der A281 sowie der Bau des Dritten Gleises zwischen Bremen und Bremerhaven müssen beschleunigt werden. Auch die Verbesserung der Hinterlandanbindung der bremischen Häfen sowie deren Leistungsfähigkeit sind drängende Aufgaben. Maßnahmen, die auf diese Ziele einzahlen, sind auch aus Gesichtspunkten der Verteidigungsfähigkeit – Bremerhaven ist der mit Abstand wichtigste NATO-Hafen in Europa – von nationalem Interesse. Anzustreben wäre beispielsweise eine Herrichtung der Infrastruktur im Containerterminal mit dem Ziel, auch vor der Schleuse militärischen Umschlag zu ermöglichen. Aufgrund der Bedeutung dieser Maßnahmen für die gesamtstaatliche Verteidigungsfähigkeit sollte es das Ziel sein, dass diese Investitionen vorrangig aus Mitteln des Bundes finanziert werden. Dies gilt auch für den Bau des Energy-Port in Bremerhaven, der insbesondere für die Erreichung der Ausbauziele für Offshore-Wind und für das Gelingen der Energiewende notwendig ist. Ebenso ist die überregionale Forschungs- und Entwicklungsförderung, insbesondere für Großgeräte, originäre Aufgabe des Bundes. Auch hier sollte das Land Bremen darauf drängen, angemessen berücksichtigt zu werden und in seinen Bemühungen zur Stärkung der Forschungslandschaft unterstützt zu werden.

Schließlich sollten 60 Prozent der Mittel aus dem Anteil des Landes Bremen am Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ des Bundes für die besonders belasteten Kommunen Bremen und Bremerhaven reserviert werden. Ein wesentlicher Teil der stadtbremischen Mittel sollte dabei zur Erhöhung der Investitionsansätze für die Häfen verwendet werden, um mit dem Abbau des Investitionsstaus zu beginnen. Weitere an die Kommunen ausgekehrte

Mittel können für Investitionen in den Ausbau der schulischen und sportlichen Infrastruktur verwendet werden. Zusätzliche Impulse in diesen Bereichen stärken die Wirtschaftskraft, indem sie das Land attraktiv für Fachkräfte machen und so langfristig positiv auf das Arbeitskräftepotenzial einzahlen. Im Bereich des Sports sollte dabei ein Fokus auf Spitzenleistungen liegen. Es ist nicht akzeptabel, dass Spitzensportler das Land Bremen verlassen müssen, weil sie hier keine hinreichenden Voraussetzungen finden. Sportstätten sollte zur Stärkung ihrer Wirtschaftlichkeit so geplant werden, dass die auch Möglichkeiten für andere Nutzungen bieten, mit denen sich Einnahmen generieren lassen. In Bremerhaven zeigt sich beispielhaft, wie solche vielfältigen Nutzungskonzepte aussehen können. Dort könnten die Mittel beispielsweise zur Sanierung der Stadthalle verwendet werden. In Bremen könnte eine neue Multifunktionshalle den Sport- und Veranstaltungsstandort deutlich stärken.

Es muss Schluss mit einer Politik sein, die ambitionslos und selbstzufrieden dem Abstieg des Landes Bremens zusieht und sich trotz großartiger Potenziale eine Chance nach der anderen entgehen lässt. Genau jetzt ist die Zeit das Bundesland in eine Aufwärtsspirale zu bringen und für einen breiten Aufschwung zu sorgen.

Beschlussempfehlung:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf

1. die Investitionsquote im regulären Haushalt des Landes auf über 10 Prozent zu erhöhen, die Stadtgemeinden bei einer Erhöhung der Investitionsquote im regulären Haushalt auf über 10 Prozent zu unterstützen und aus diesen Mitteln alle Regelinvestitionen zu stemmen, insbesondere zum Abbau des Sanierungsstaus z.B. in den Krankenhäusern, den Schulen, den Hochschulen, den Häfen sowie an den Brücken und bei den Rettungskräften, und, soweit noch keine ausreichenden umsetzungsreifen Projekte vorliegen, die für Investitionen reservierten Mittel in eine zweckgebundene investive Rücklage zu leiten,
2. 60 Prozent der Mittel aus dem bremischen Anteil am Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ zugunsten der beiden Stadtgemeinden zu reservieren und ihnen zur eigenen Bewirtschaftung zwecks Verausgabung für zusätzliche Investitionen zu überlassen,
3. die restlichen 40 Prozent der Mittel aus dem bremischen Anteil am Sondervermögen „Infrastruktur und Klimaneutralität“ des Bundes ausschließlich für zusätzliche Investitionen im Rahmen eines Zukunftsprogramms für den Standort Land Bremen mit folgenden Schwerpunkten zu nutzen:
 - a. Aufbau eines „Defence Campus“ unter Abschaffung der Zivilklausel im Bremischen Hochschulgesetz insbesondere mit einem Ausbau von militärtechnologisch relevanten Forschungsbereichen, Studiengängen und Kooperationen der Hochschulen im Land Bremen sowie einem dadurch gestärkten integrierten Wirtschafts- und Forschungscluster „Rüstung“ (Luft-/Raumfahrt, Automotive, Marine, IT-Sicherheit, Robotik, Sensorik, autonome Systeme),
 - b. Errichtung eines „Zentrums Energieversorgung der Zukunft“ im Gewerbegebiet Lunedelta, das als Forschungs- und Entwicklungs-Hub im Zusammenspiel mit einem neuen EnergyPort ein Ausgangspunkt zur Ansiedlung von Schwerindustrie (Maschinen- und Anlagenbau) mit Schwerpunkt auf erneuerbaren Energien und skalierbaren Speichertechnologien in Bremerhaven werden soll,

- c. Etablierung eines „Standorts für Life Science“ durch den gleichzeitigen Start einer Kooperationslösung für einen Medizinstudiengang an der Universität Bremen und den Ausbau des Forschungsbereichs Biotechnologie an der Hochschule Bremerhaven,
 - d. Auflage eines „Programms Digitaler Spitzenreiter“ u.a. zum Bau von Forschungsinfrastruktur und Rechenzentren für digitale Innovation, Quantentechnologie und KI-Anwendungen mit Fokus auf den Anforderungen der ansässigen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen, sowie der öffentlichen Verwaltung und Daseinsvorsorge, der Polizei und der Justiz,
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass vom Bund, z.B. aus dem Bundesanteil des Sondervermögens des Bundes, folgende Projekte prioritär finanziert und umgesetzt werden:
- a. Ertüchtigung der für die gesamtstaatliche Verteidigungsfähigkeit notwendigen Hafeninfrastruktur,
 - b. Bau eines EnergyPorts zur Installation von Offshore-Komponenten, zur Ansiedlung von Produktions- und Servicebetrieben, als Anlandungs- und Weiterverarbeitungspunkt für Wasserstoff und dessen Derivate sowie als Produktionsstandort von Komponenten für die Wasserstoffwirtschaft und von E-Fuels für die Schifffahrt,
 - c. Sanierung und Ausbau der Schienen- und Straßeninfrastruktur zur Hinterlandanbindung der bremischen Häfen,
 - d. Ringschluss der A281, Bau der A20, und Bau des dritten Gleises zwischen Bremen und Bremerhaven,
 - e. Anschaffung von Großgeräten und Zurverfügungstellung von Fördermitteln für die Hochschulen im Land Bremen,
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass zusätzliche Bundesmittel zum Ausbau der Verteidigungsfähigkeit auch für eine Stärkung der Präsenz der Bundeswehr im Land Bremen und eine Unterstützung des Wirtschafts- und Forschungsclusters „Rüstung“ im Land Bremen genutzt werden.

Jens Eckhoff, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU